

grund ist auch eine Pressemeldung zu verstehen, die der Marburger Bund kurz nach dem letzten Treffen der Konzertierten Aktion herausgegeben hat und in der die Vorbereitungszeit als „Zulassungssperre“ interpretiert wurde.

„Vorbereitungszeit ja – Zulassungssperre nein!“

Diese Pressemitteilung, vom Justitiar der Bundesärztekammer und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Jürgen W. Bösche, auf der Präsidiumssitzung angeführt, sorgte für einige Unruhe unter den Teilnehmern. Tatsächlich können die Äußerungen, die in der Konzertierten Aktion zu der Vorbereitungszeit gefallen sind, keineswegs im Sinne von „Zulassungssperre“ gewertet werden. Das ergaben übereinstimmend Aussagen mehrerer Präsidiumsmitglieder, die auch an der Konzertierten Aktion beteiligt sind.

Dr. Kaspar Roos ergänzte: Wenn jemand aus dieser – von ihm für notwendig erachteten – Vorbereitungszeit eine Zulassungssperre machen wolle, so sei er der erste, der sich dagegen wenden werde.

In der Hinsicht hat Roos immerhin Erfahrung, war er doch vor Jahren Vorsitzender des Verbandes der niedergelassenen Nichtkassenärzte gewesen, ehe sich dieser zum Verband der niedergelassenen Ärzte mauserte. Roos faßte das, was gewollt ist, in die Kurzformel: „Zulassungssperre nein, Vorbereitungszeit ja.“

Auch Dr. Helmuth Klotz sprach in diesem Sinne. Er wandte sich gegen Befürchtungen, mit den zwei Jahren werde ein Flaschenhals geschaffen. Klotz wie auch Roos versicherten, daß die ärztlichen Organisationen und Verbände festen Willens seien, die jungen Kollegen, denen eine Vorbereitungszeit ins Haus stehe, unterzubringen. Roos: „Auch in der freien Praxis.“ NJ

Innungskrankenkassen: Höhere Subvention bei Abtreibung nötig

Die gesetzlichen Krankenkassen geben in diesem Jahr voraussichtlich rund 200 Millionen DM für von ihren Versicherten verlangte Sterilisationen und für legale Schwangerschaftsabbrüche aus. Der Finanzausschuß des Bundes deckt aber lediglich rund 27,5 Prozent (55 Millionen DM) dieser Aufwendungen. Diese Zahlen nahm der Bundesverband der Innungskrankenkassen (BdI), Köln, zum Anlaß, an die Bundesregierung zu appellieren, den Bundeszuschuß zu erhöhen. Dies sei um so vorranglicher, als der Gesetzgeber den Krankenkassen seit 1976 diese „nicht kassenspezifischen Aufgaben“ (so der BdI) übertrug und sich seinerzeit bereit erklärte, bis 1981 Zuschüsse zu leisten. 1979 beträgt dieser 55 Millionen DM, sinkt aber 1980 auf 20 Millionen DM, um 1981 wieder auf 35 Millionen zu steigen. EB

Bonn befürwortet Finanzausgleich

Um die „großen Spannweiten“ der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung abzubauen, sollte der „Solidaritätsausgleich“ zwischen den Kassenarten verstärkt werden. Dies betonte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Hermann Buschfort, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages auf Anfrage des SPD-Abgeordneten Kurt Vogelsang, Bielefeld. Nach Angaben des Regierungssprechers betragen die Beitragssätze bei den Ortskrankenkassen zwischen 9,2 und 13,9 Prozent, bei den Betriebskrankenkassen zwischen sieben und 13,8 Prozent, bei den Innungskrankenkassen zwischen 9,2 und 13 Prozent. Bei den Arbeiter-Ersatzkassen liegt die Spanne zwischen 9,5 und 12,4 und bei den Angestellten-Krankenkassen zwischen 10 und 11,4 Prozent.

Buschfort meinte, diese Spannen könnten kaum mit den unterschiedlichen Risiken begründet werden. Soweit unterschiedliche Beitragssätze aus einer ungleichen Risikostruktur der Kassen resultieren, sollte geprüft werden, wie die Belastungen „gerechter“ verteilt werden könnten. Zunächst sollten jedoch die gegebenen Ausgleichsmöglichkeiten genutzt werden, die der sozialen Selbstverwaltung gegeben seien. EB

Hilferuf für kambodschanische Flüchtlinge

Kinderärzte, Schwestern, Pfleger aus der Bundesrepublik werden zur Hilfe in grenznahen Lagern Thailands zu Kambodscha aufgerufen, wo mehr als 200 000 Khmer-Flüchtlinge hilflos, krank und unterernährt sind. Sie dringend brauchen. Reisekosten und Unterbringung trägt das Komitee „Ein Schiff für Vietnam/Ärzte für Kambodscha“. Aufenthalt und Einsatz dauern je nach Möglichkeit zwischen drei und acht Wochen. Aus dem Bericht der ersten Teams nach der Heimkehr: „Die Ärzte, Schwestern und Pfleger des Komitees arbeiten unter extremen Bedingungen, in Dreck, unter Schweiß und mit vielen Fliegen auf den Behandlungstischen. Jeder der freiwilligen Helfer muß sich darauf gefaßt machen, in ständigem Einsatz wochentags wie sonntags diese Flüchtlinge zu behandeln. Hauptleidtragende des Flüchtlingselends sind die vielen Khmer-Kinder, die in der Regel radikal unterernährt und von allen möglichen Mangel-Krankheiten befallen sind...“

► Weitere Informationen für interessierte Ärzte, Schwestern und Pfleger: Dr. Rupert Neudeck, Kupferstraße 7, 5210 Troisdorf, Telefon 0 22 41/4 60 20. – Geldspenden zur Finanzierung der Einsätze werden erbeten. Stichwort: Ein Schiff für Vietnam/Ärzte für Kambodscha, Stadtparkasse Köln, Konto 16 102 220. DÄ